

Protokoll

Stadtrat von Thun

Sitzung 11/2017 vom 16. November 2017, 17:15 Uhr, Rathaus Thun

Anwesend

Stadtrat	Vorsitz: Stadtratspräsidentin Sandra Rupp Gyger Peter Aegerter, Hanspeter Aellig (bis Traktandum 6), Katharina Ali-Oesch, Martin Allemann, Heidi Anderes, Bühlmann Samuel, Adrian Christen, Andrea de Meuron, Philipp Deriaz, Susanna Ernst-Reusser, Graber Patrick, Roman Gugger, Thomas Hiltbold, Sabine Kaufmann, Reto Kestenholz, Alain Kleiner, Barbara Klossner-Ber, Nicole Krenger, Darshikka Krishnanantham, Alice Kropf, Andreas Kübli, Serge Lanz, Lukas Lanzrein, Manfred Locher, Eveline Salzmänn, Daniel Schenk, Reto Schertenleib, Claude Schlapbach, Carlo Schlatter, Verena Schneiter, Franz Schori, Alois Studerus, Daniela Weber, Till Weber, Simon Werren, Andreas Zwahlen
Gemeinderat	Stadtpräsident Raphael Lanz, Gemeinderätin Marianne Dumermuth, Gemeinderäte Roman Gimmel und Konrad Hädener
Ferner	Stadtschreiber Bruno Huwyler Müller
Sekretariat	Stadtratssekretär Remo Berlinger Protokollantin Lorina Winkler
Entschuldigt	Daniela Huber Notter, Markus Van Wijk, Jonas Baumann Gemeinderat Peter Siegenthaler
Schluss der Sitzung	21:00 Uhr

Die Stadtratspräsidentin eröffnet die Sitzung und begrüsst alle Anwesenden. Speziell willkommen heisst sie Patrick Graber zu seiner ersten Stadtratssitzung und Lorina Winkler, die als neue Protokollantin abwechslungsweise mit Laura Erni das Protokoll führt. Sie dankt für den orangenen Gruss anlässlich des 60-jährigen Jubiläums der CVP Thun und des 40-jährigen der Fraktion der Mitte Thun und gratuliert zu diesem Anlass.

Sie erwähnt die nachträgliche Aufnahme des Traktandum Nr. 2. Es gibt keine weiteren Ergänzungen zur Traktandenliste, diese ist genehmigt.

91. Protokoll

Genehmigung des Protokolls vom 26. Oktober 2017.

Das Protokoll wird **vom Rat** stillschweigend genehmigt.

92. Stadträtliche Kommission

Wechsel und Ersatzwahl anstelle von Michael Dähler (SVP/FDP-Fraktion)

a) **Wechsel von Reto Schertenleib (SVP/FDP-Fraktion) aus der Sachkommission Sicherheit und Soziales in die Sachkommission Bau und Liegenschaften.**

b) **Ersatzwahl von Patrick Graber (SVP/FDP-Fraktion) In die Sachkommission Sicherheit und Soziales.**

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 37 Buchstabe b der Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme des Wahlvorschlages der SVP/FDP-Fraktion, beschliesst:

1. Sachkommission Bau und Liegenschaften: Reto Schertenleib (SVP/FDP-Fraktion) anstelle von Michael Dähler.
2. Sachkommission Sicherheit und Soziales: Patrick Graber (SVP/FDP-Fraktion) anstelle von Reto Schertenleib.

Die Stadtratspräsidentin wünscht den Stadträten viel Freude in den neuen SAKOs.

93. Informatik an Thuner Volksschulen: Projekt IVS3 (2019 bis 2021)

Die Stadtratspräsidentin begrüsst den Chef der Informatikdienste Urs Eggerschwiler.

Gemeinderat Roman Gimmel betont die Höhe der Kreditvorlage. Aus der Betrachtung der Geschichte der IVS-Geschäfte wird deutlich, dass die Zeit reif ist für ein optimiertes Paket, um den Anschluss an die digitale Bildungszukunft zu schaffen. Aufgrund des wenig euphorischen Gemütszustands im Gemeinderat, den SAKOs und Fraktionen betont er, dass man aufgrund des hohen Tempos der Entwicklung von Gesellschaft und Berufswelt nicht den Anschluss verlieren darf. Der Gemeinderat ist überzeugt, gemeinsam mit dem Stadtrat mit diesem Paket einen riesigen Schritt in die Zukunft machen zu können. Es muss ein Mittelweg gefunden werden zwischen dem rigiden Fernhalten von den Tablets und der 1:1-Ausstattung der kleinsten ABC-Schützen, damit bei Bedarf situativ als Ergänzung Geräte eingesetzt werden können. Gymnasien des Kantons Bern, Mitglieder der Städteinitiative Bildung des Städteverbands und weiteren bildungsaffinen Experten sind sich einig, dass in Zukunft nicht nur virtuell Unterricht gehalten werden darf. Alle Schweizer Gemeinden sehen sich mit der gleichen Herausforderung konfrontiert. Kleine Gemeinden sind etwas schneller und haben z.T. schon erste Erfahrungen hinter sich, während Städte diese Aufgaben grosskonzeptionell anpacken und die Finanzierung sicherstellen müssen. Die Stadt Thun ist punkto Digitalisierung in den Schulen anderen Städten voraus. Der Bundesrat hat einen Bericht zu den Auswirkungen der Digitalisierung auf den Arbeitsmarkt verabschiedet, der eine stärkere Ausrichtung der Bildung auf die in der digitalen Welt notwendigen Kompetenzen und Kenntnisse fordert.

Wegen des Erfordernisses der Unentgeltlichkeit der Volksschule und der Notwendigkeit eines funktionierenden IDT-Supports ist das Konzept „Bring Your Own Device“ mit unterschiedlichen Geräten unrealistisch. Auch auf der sozialen Ebene soll Markenfetischismus nicht auf Informatikmittel ausgeweitet werden. Eine Nutzungsvereinbarung zwischen Eltern, Schülern und Schule wird zentral sein. Es muss geregelt werden, was in Fällen von Verlust, Defekt oder beim Schulaustritt geschieht. Hierbei kann auf Erfahrungen von anderen Gemeinden zurückgegriffen werden. IVS3 ist die vielfache Überarbeitung des Ursprungskonzepts und die Version mit dem besten Preis-Leistungs-Verhältnis.

Der Gemeinderat bittet den Stadtrat um Zustimmung. Schüler- und Lehrerschaft sowie weitere Involvierte freuen sich auf – wenn auch nicht euphorische, dann zumindest überzeugte – Zustimmung.

Nicole Krenger, **SAKO P+F und SAKO BiSK**, informiert über die gemeinsame Vertretung des Geschäfts der SAKOs P+F und BiSK. Verwaltungsvertreter für Schule, IT und Beschaffungsrecht haben betont, dass IVS3 ein absolutes MUSS für den Lehrplan 21 ist. Sie betont, wie wichtig es angesichts der fortschreitenden Digitalisierung ist, dass die Kinder und Jugendlichen die Bedienung der Geräte wie auch den Umgang mit Informatik als solches erlernen. Eine Etappierung ist geplant und eine weitere 1:1-Ausrüstung der Schulklassen in 1 bis 2 Jahren ist nicht auszuschliessen. Bezüglich der Bedenken, dass in der Schule wegen der Digitalisierung zu wenig Austausch stattfinden könnte, verweist sie auf das Votum von Gemeinderat Roman Gimmel. Kostenmässig wird der grösste Teil in Endgeräte investiert, aber auch in die Aufrüstung der Schulinfrastruktur. Die Lebensdauer der Geräte beträgt 4 bis 6 Jahre. Die geplante Hybridlösung sieht vor, dass sensible Daten, die dem Datenschutz unterliegen, von der stadteigenen IT gehostet werden und übrige Daten von externen Cloud-Lösungen. Dies ist sowohl mit als auch ohne Rechenzentrum zu bewältigen. Bezüglich Kostenbeteiligung verweist Frau Krenger auf die Möglichkeit eines Auskaufs des Geräts bei Verlassen der Schule. Ebenfalls schliessen die Eltern auf ihre Kosten eine Haftpflichtversicherung ab. Beide Kommissionen empfehlen das Geschäft mit 8 Ja-Stimmen, 6 Enthaltungen und 2 Abwesenheiten zur Annahme. Frau Krenger verzichtet auf die Erörterung der einzelnen Argumente bei den Enthaltungen; da sich diese in den Fraktionsvoten äussern werden.

Manfred Locher, **Fraktion der Mitte**, versichert die grundsätzliche Zustimmung der Fraktion zur Zielsetzung des Medien- und Informatikunterrichts des Lehrplan 21, da diese zeitgemäss ist. Er betont die Wichtigkeit der 1:1-Ausstattung in der Oberstufe, da die Individualisierung im Unterricht – v.a. bzgl. Lerntempo – ein wesentliches Anliegen des Lehrplan 21 ist. Gewisse Programme und Lerntests aus Lehrmitteln des Lehrplan 21 können nur mit elektronischen Geräten durchgeführt werden. Deshalb ist es entscheidend, nicht noch länger abzuwarten. IVS3 steht und fällt mit der Lehrerschaft, weshalb der Weiterbildung von Lehrpersonen höchste Beachtung geschenkt werden muss. Lehrkräfte mit schwierigen Klassen können den Unterricht erwiesenermassen viel effizienter gestalten, wenn individuell gearbeitet werden kann. Die Fraktion der Mitte unterstützt den Antrag des Gemeinderats.

Reto Kestenholz, **Fraktion Grüne**, wirft die Frage auf, wohin das investierte Geld fliesst und welche Unternehmungen damit unterstützt werden. Der Lehrplan 21 schreibt nebst der optimalen Vorbereitung aufs Berufsleben auch die Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) vor, die allen Disziplinen als Orientierung dient, die Schulen als Ganzes prägt und fächerübergreifend angewandt werden muss. Die Kehrseite der Digitalisierung sind Gesundheits- und Umweltrisiken, die von Herstellung bis Entsorgung reichen. Die Fraktion fragt sich, ob die Schüler nicht im privaten Umfeld genügend Kontakt mit digitalen Medien haben. Es wäre wünschenswert, so wenige Geräte wie möglich einzukaufen, da bezüglich Anbieter keine Auswahl vorgelegt wurde und Geräte eines globalen Unternehmens angeschafft werden sollen, das aggressiv Steuern vermeidet, Versäumnisse punkto Arbeitsrecht toleriert oder sogar gewisse Produktionsländer nötigt, billig zu produzieren. In Tablets stecken oft Konflikt-Rohstoffe, die Kinderarbeit, Finanzierung von Krieg und den Abbau seltener Mineralien in Kauf nehmen. Es darf nicht vergessen werden, dass sich die öffentliche Beschaffung an der Nachhaltigkeit zu orientieren hat. Die Grünen stimmen mit wenig Freude mehrheitlich zu. Die geäusserten Bedenken wurden zu wenig thematisiert und bis jetzt überhaupt nicht erwähnt. Die Fraktion Grüne wünscht sich nachhaltige, langlebige Geräte für die Volksschule.

Martin Allemann, **SP-Fraktion**, sieht den dritten Verpflichtungskredit als logische Fortsetzung der bisherigen zwei Verpflichtungskredite. Aufgrund des Alters der aktuellen Ausrüstung der Schulen besteht ein dringender Handlungsbedarf. Mit dem gezielten Einsatz der neuen ICT wird die Anwendungskompetenz

der Lernenden verbessert, was im späteren Berufsleben von Vorteil ist. Die SP-Fraktion stimmt dem Verpflichtungskredit einstimmig zu.

Susanna Ernst-Reusser, **BDP-Fraktion**, möchte für die Zukunft beliebt machen, dass bei fachtechnisch wichtigen Geschäften die Information der Fachleute an den Stadtrat erfolgt. Die Fraktion nimmt zur Kenntnis, dass das vorliegende Konzept in fachtechnischer Hinsicht vom Gemeinderat als vertretbar befunden wurde, und vertraut der Vorbereitung durch den Gemeinderat. Als wichtig findet die Fraktion das Einhalten der Unentgeltlichkeit der Schule, auch lassen sich Geräte technisch besser unterhalten, wenn alle einheitlich sind. Auch für die Stufe Kindergarten gibt es sinnvolle Lernapplikationen. Die BDP-Fraktion stellt fest, dass man sich mit diesem Geschäft einen Rolls-Royce statt eines anständigen Mittelklassewagens anschafft. Die BDP-Fraktion stimmt jedoch dem Antrag einstimmig zu.

Andreas Zwahlen, **SVP/FDP-Fraktion**, erachtet die Ausstattung mit neuen Geräten als sinnvoll. Er erörtert den Aufwand, die Betriebs- und Investitionskosten. Die SVP/FDP-Fraktion stimmt dem Geschäft mehrheitlich zu.

Der Stadtpräsident glaubt, dass es der Abteilung Informatik und der Bildung gelungen ist, dem Stadtrat eine massgeschneiderte, zukunftsorientierte Lösung vorzulegen. Bezüglich dem Votum, das sich nach Varianten erkundigte, äussert er, dass die erforderliche Architektur keine echten Varianten zulässt. Abweichungen würden andere Kosten generieren und Probleme verursachen. Auch keine Option ist keine Aufrüstung der Informatik, die IT-Ausbildung für Schüler ist zwingend. Der Gemeinderat glaubt daran, mit vorliegendem Kredit und vorliegender Architektur etwas Gutes zu tun. Nachhaltigkeit und ethische Vertretbarkeit sind wünschenswert, aber auch die Funktionstüchtigkeit ist wichtig und die Auswahl sehr beschränkt, da die Schüler an handhabbaren Geräten arbeiten sollen. Die Nachhaltigkeit bleibt aber ein Thema. Die Information des Stadtrats kann sicher noch optimiert werden. Aufgrund der Komplexität der Materie haben sich einige Stadträte mit Fragen an die Verwaltung gewendet. Er begrüsst dieses Vorgehen auch für die Zukunft. Die Herausforderung von Lehrpersonen wird sein, ein gutes Gleichgewicht zwischen digitalem und herkömmlichem Unterricht zu finden. Die Verpflichtung der Stadt Thun ist es, gute Infrastruktur zur Verfügung zu stellen. Der Stadtpräsident bittet den Stadtrat, diesem Antrag zuzustimmen.

Der Rat genehmigt mit 36 : 0 Stimmen und 1 Enthaltung den folgenden

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 39 Buchstabe c Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 18. Oktober 2017, beschliesst:

1. Bewilligung eines Verpflichtungskredites von 3'596'000 Franken als neue Ausgabe zu Lasten der Investitionsrechnung, Verpflichtungskredit Nr. 1810.5200.007 (Bilanzkonto Nr. 14200.01.01) zur Erweiterung der Informatik-Infrastruktur an den Thuner Volksschulen (Projekt IVS3).
2. Ziffer 1 dieses Beschlusses unterliegt dem fakultativen Referendum.
3. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

94. Neue Leistungsvereinbarung mit Thun-Thunersee Tourismus

Bewilligung eines Verpflichtungskredites für eine jährlich wiederkehrende Ausgabe von 300'000 Franken inklusive MWST für die Jahre 2018-2021; Genehmigung der Leistungsvereinbarung mit dem Verein Thun-Thunersee Tourismus (TTST) vom 18. Oktober 2017

Der Stadtpräsident erläutert die Ausgangssituation der Leistungsvereinbarung. Der Gemeinderat ist überzeugt, dass der Wechsel in der Führung von Thunersee Tourismus gut vollzogen und die Basis für eine vierjährige Leistungsvereinbarung gelegt wurde. Die Stadt Thun unterstützt den Tourismus und die regionale Zusammenarbeit, insb. die mit Interlaken Tourismus betreffend Marketing. Die Kurtaxen wurden auf Antrag von Thunersee Tourismus erhöht. Herr Lanz hat im Gespräch mit regionalen Hoteliers Dankbarkeit festgestellt, da die mit den höheren Kurtaxen finanzierten Angebote wie die PanoramaCard für die Gäste sehr attraktiv sind. Er bittet den Stadtrat um Zustimmung.

Nicole Krenger, **SAKO P+F**, erwähnt den Übergangscharakter des letzten Jahres für Thunersee Tourismus, das dazu diente, den Fortgang zu definieren. Der neue Geschäftsführer von Thunersee Tourismus, Roger Friedli, versicherte die Sicherung der finanziellen Fortführung des Vereins. Weiter nach einer Lösung suchen wird der Verein für den Cyberangriff vom 9. Januar 2017. Für die PanoramaCard wurden mit den Kooperationspartnern mehrjährige Verträge ausgehandelt. Aus der Erhöhung der Kurtaxen erhofft man sich u.a. eine gewisse Stabilisierung und Flexibilität. Die SAKO P+F empfiehlt einstimmig die Annahme.

Roman Gugger, **Fraktion Grüne**, anerkennt die Bedeutung des sanften Tourismus in Thun und begrüsst den geplanten Ausbau der PanoramaCard mit gratis ÖV. Die Fraktion hofft, dass Velo Spot in Zukunft gratis angeboten und damit der Zugang auch ausserhalb der Büroöffnungszeiten gewährleistet werden kann. Die vierjährige Laufdauer des Vertrags ist auch im Hinblick darauf zu begrüssen, dass der Verein Planungssicherheit erhält und an Stabilität gewinnt. Die Fraktion stimmt dem Geschäft einstimmig zu.

Daniela Weber, **SVP/FDP-Fraktion**, betont, dass die Fraktion bereits vor einem Jahr von der künftigen positiven Entwicklung des Vereins TTST überzeugt war. Sie lobt die Arbeit des Vereins im vergangenen Jahr. Mit dem neuen Vorstand, der finanziellen Stabilisierung und den grösstenteils bereinigten Altlasten ist TTST für die Zukunft gut aufgestellt. Mit der Erhöhung der Kurtaxen kann das Gästeangebot nachhaltig gesichert und ev. ausgebaut werden. Die Fraktion stimmt dem Verpflichtungskredit einstimmig zu.

Martin Allemann, **SP-Fraktion**, verknüpft mit der neuen Aufstellung des Vereins und dem Verpflichtungskredit die Hoffnung, dass die Gästezahlen in Thun weiter steigen. Die Fraktion stimmt dem Verpflichtungskredit einstimmig zu.

Nicole Krenger, **Fraktion der Mitte**, spricht die einstimmige Zustimmung der Fraktion aus. Mit dem Verpflichtungskredit wird eine Basis geschaffen für die Weiterführung von TTST. Die Fraktion hofft, dass damit eine gewisse Stabilität entsteht und in vier Jahren die personelle und finanzielle Situation ähnlich aussehen wird wie heute. Ob dies der letzte Schritt im Marketing der Standortförderung Stadt Thun ist oder noch eine Weiterentwicklung folgen könnte, bleibt offen. Wichtig ist eine Evaluierung.

Claude Schlapbach, **BDP-Fraktion**, ist der grosse Wechsel im Vorstand aufgefallen. Die Fraktion hofft, dass die Arbeit mit neuem Schwung aufgenommen wird. Sie stimmt einstimmig zu.

Der Rat gehenmigt einstimmig folgenden

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 5 Absatz 4 in Verbindung mit Artikel 40 Buchstabe b Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 18. Oktober 2017, beschliesst:

1. Bewilligung eines Verpflichtungskredites für eine jährlich wiederkehrende Ausgabe von 300'000 Franken inkl. MWST (Barbeitrag der Stadt Thun) an den Verein Thun-Thunersee Tourismus für die Jahre 2018 bis 2021.
2. Der entsprechende Betrag ist in die Budgets der Jahre 2018 bis 2021 bei der Produktgruppe 1.9 Stadtmarketing und Kommunikation aufzunehmen.
3. Genehmigung der Leistungsvereinbarung mit dem Verein Thun-Thunersee Tourismus für die Jahre 2018 bis 2021 vom 18. Oktober 2017.

95. Schloss Schadau

Bewilligung eines Verpflichtungskredites von 3'465'000 Franken für die Ausführung des Sanierungs- und Restaurierungsprojektes

Die Stadtratspräsidentin begrüsst im Publikum <seitens der neuen Pächterin Solbad Gastronomie AG Sascha Brestler und Roger Lehmann.

Gemeinderat Konrad Hädener erwähnt die entscheidenden Fortschritte seit der Behandlung des Projektierungskredits im Oktober 2016. Der Gemeinderat ist überzeugt, mit der Pächterin die richtige Wahl getroffen zu haben. Mit dem Betriebskonzept kann das Schloss optimal ausgelastet werden. Er betont, dass Roger Lehmann als gebürtiger Wimmiser mit der Kaufkraft in der Region Thun vertraut ist und der Stadtrat darauf vertrauen kann, dass das künftige Angebot der neuen Pächterin auf Nachfrage stossen wird.

Franz Schori, **SP-Fraktion**, betont den Wert des Schloss Schadau als USP der Stadt Thun, v.a. das von der Denkmalpflege als absolut einzigartig bezeichnete Treppenhaus. Die SP befürwortet seit jeher den Schutz von Kulturgütern, den Zugang zu öffentlichen Gewässern für alle und attraktive Angebote in Wassernähe. Das Sanierungsprojekt wird diesen Ansprüchen gerecht und "Thun als Stadt am Wasser für alle statt für wenige" wird gestärkt. Der Umzug des Gastronomiemuseums ins Schloss Hünegg ist sehr passend aufgrund des ähnlichen Baujahrs und architektonischer Ähnlichkeiten. Thematisch und zeitlich passen die Museen gut zusammen. Die SP-Fraktion stimmt dem Kreditgeschäft mit einer Enthaltung zu.

Philipp Deriaz, **SVP/FDP-Fraktion**, macht auf die hohen Kosten des vorliegenden Geschäfts aufmerksam. Die SAKO B+L konnte sich vor Ort vom Renovationsaufwand überzeugen und konnte die hohen Kosten nachvollziehen. Die Stadt bemüht sich um eine wirtschaftliche Nutzung und einen Rückfluss zumindest eines Teils der Investitionskosten. Kritisch beurteilt die Fraktion die Konkurrenzierung von anliegenden Gastro-Betrieben. Sie hofft, dass die aktive Zusammenarbeit und das ergänzende Angebot umgesetzt werden. Herr Deriaz kritisiert die Nicht-Offenlegung des Vertrags und insbesondere des Rückflusses, der bei einem so hohen Betrag einsehbar sein sollte. Für ihn wurde nicht klar kommuniziert, ob die Solbad Gastronomie AG als Mieterin oder Pächterin auftreten wird. Auf keinen Fall darf Geld verschwendet werden, um das Projekt aufrecht zu erhalten (wie beim KKT). Die Fraktion stimmt einstimmig zu.

Alois Studerus, **Fraktion der Mitte**, schildert die Notwendigkeit des Kredits, der Anpassung der Prozesse im Gebäude sowie der kurzen Wege für die Gastronomie. Wichtig ist die Zugänglichkeit des Schlosses für die Öffentlichkeit. Das Projekt ist eine Chance, das Schloss als Wahrzeichen der Stadt Thun zu profilieren. Die Fraktion der Mitte stimmt dem Geschäft einstimmig zu.

Simon Werren, **BDP-Fraktion**, betont die Wichtigkeit, die Umbauarbeiten zu erledigen, bevor noch mehr Bausubstanz verloren geht. Die Fraktion befürwortet den Einbau von Gästezimmern, um das Schloss zu beleben. Die jährlichen Folgekosten sind hoch, aber der Nutzen gross. Herr Werren fragt den Gemeinderat nach mehr Informationen zu den Subventionen der kantonalen Denkmalpflege. Die Fraktion ist bereit für den nächsten Schritt und stimmt dem Verpflichtungskredit zu.

Till Weber, **Fraktion Grüne**, befindet die Sanierung als notwendig und begrüsst die Öffnung des Schlosses gegenüber einem breiten Publikum. Auch den Hotelbetrieb erachtet die Fraktion als sehr sinnvoll. Kritisch steht sie der Aufteilung der Unterhalts- und Investitionskosten gegenüber, da wiederholt knapp eine Volksabstimmung vermieden wurde. Die Fraktion fordert, dass so grosse Beträge dem Volk zur Abstimmung vorgelegt werden. Dem Verpflichtungskredit stimmt sie einstimmig zu.

Gemeinderat Konrad Hädener freut sich über die breite Zustimmung. Auf die Frage von Philippe Deriaz, SVP/FDP-Fraktion, zur Einsichtnahme des Vertrags entgegnet er, dass diese wegen dem Kommissionsgeheimnis in der SAKO-Sitzung hätte behandelt werden müssen, nicht im öffentlichen Rahmen des Stadtrats. Der Beitrag der Denkmalpflege dürfte nach aktuellen Schätzungen ca. 400'000 Franken betragen, beantwortet er die Frage von Simon Werren, BDP-Fraktion. Der Gemeinderat freut sich, das Schloss 2019 der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Der Rat genehmigt mit 36 Stimmen bei 1 Enthaltung folgenden

Stadtratsbeschluss:

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 39 Buchstabe c Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 18. Oktober 2017, beschliesst:

1. Bewilligung eines Verpflichtungskredites von 3'465'000 Franken als neue Ausgabe zu Lasten der Investitionsrechnung, Verpflichtungskredit Nr. 2240.5040.004 (Bilanzkonto Nr. 14040.01.01) für die Ausführung des Sanierungs- und Restaurationsprojektes Schloss Schadau.
2. Ziffer 1 dieses Beschlusses unterliegt dem fakultativen Referendum.
3. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

Sitzungsunterbruch von 18:45 bis 19:15 Uhr.

96. Budget 2018 der Einwohnergemeinde Thun

Genehmigung

Eintretensdebatte über Budget und Finanzplan

Die Stadtratspräsidentin begrüsst Stefan Christen, Finanzverwalter der Stadt Thun.

Der Stadtpräsident erwähnt, dass dies das erste Budget ist, für das Stefan Christen gegenüber dem Gemeinderat die Verantwortung trägt. Alle Unterlagen wurden verteilt und die Fragen beantwortet. Das Budget wird zusammen mit den drei Kreditgeschäften in einer Sitzung behandelt, weil das Budget im Lichte sämtlicher hängiger Verpflichtungen beraten werden soll.

Serge Lanz, **Präsident BRK**, erläutert das Budget 2018. Der Finanzhaushalt ist ausgeglichen. Er weist auf einige Punkte hin, die Einfluss auf Routinegeschäfte haben, und vergleicht die Budgetzahlen mit denen vom Vorjahr. Erfreulich ist, dass der Personal- und der Sachaufwand sinken. Der Steuerertrag steigt, jedoch geht die Hälfte zurück an den Kanton. In der Periode 2019 bis 2020 verzeichnet die Stadt Thun einen Steuerausfall, u.a. wegen der kantonalen Steuerrevision. Die Stadt Thun muss ihre Steuerkraft stärken. Die Beiträge an den Kanton Bern für Sozialhilfe, Familienzulagen etc. steigen erneut auf 61 Mio. Franken. Mit den laufenden Verhandlungen soll eine bessere Position für die Stadt Thun erzielt werden. Die Investitionsausgaben im Jahr 2018 inkl. baulichem Unterhalt betragen fast 58 Mio. Franken. Die Selbstfinanzierung ist seit längerem negativ und beträgt im Budget -3.4 Mio. bzw. 10.9 %, was zu einer erheblichen Mehrverschuldung von rund 40 Mio. im 2018 führt. Der Selbstfinanzierungsgrad hat sich seit letztem Jahr leicht verbessert. Die im Stadtrat geforderten und von Gemeinderat und Finanzverwaltung wahrgenommenen Massnahmen fruchten. Zusammengefasst ist die Situation weder neu noch unterwartet und nicht angenehm, aber handhabbar.

Beim Aufgaben- und Finanzplan 2018 bis 2021 haben sehr hohe Investitionen für den baulichen Unterhalt zu Diskussionen geführt. Der Investitionsplan sieht für den baulichen Unterhalt für die nächsten 4 Jahre 228 Mio. Franken vor. Die Schulden werden unaufhaltsam steigen, der Stand Mitte 2017 beträgt 101 Mio. Franken. Bis 2021 werden weitere 110 Mio. dazukommen und die ominöse Schuldengrenze von 200 Mio. durchbrochen. Diese Entwicklung ist angesichts der aktuellen Zinssätze verkraftbar, aber unerschön. Es handelt sich dabei um eine direkte Konsequenz des baulichen Unterhalts und aller Investitionen, die vernachlässigt wurden und die Stadt jetzt einholen. Auch der Selbstfinanzierungsgrad muss genau im Auge behalten werden. Der Kanton Bern hat sehr strikte Vorschriften über die Gemeindefinanzen und beschränkt den Entscheidungsspielraum von Gemeinden, die keinen ausgeglichenen Haushalt anstreben. Dies muss verhindert werden. Entscheidend ist das Bewusstsein des Gemeinderats über die Situation. Er führt die Verwaltung mit restriktiven Budgetvorhaben und hat Kürzungen im Teilbudget vorgenommen. Die angestrebte totale Transparenz bei zukünftigen Investitionen ist sehr zu begrüßen. Die BRK hatte ein gewisses Unbehagen in Bezug auf die Schuldenkurve. Für den Gemeinderat ist es wichtig, einen konsolidierten Plan über die Finanzpolitik zu haben. Die Verwaltung braucht auch die Möglichkeit, Einzelgeschäfte zu bewerten. Der Gemeinderat hat die finanzpolitische Zielsetzung präzisiert. Die BRK wird die Massnahmen zur mittelfristigen Annäherung an den kantonalen Durchschnittswert vehement mitverfolgen. Auch betriebswirtschaftliche Optimierung ist ein wichtiges Thema. Der Gemeinderat strebt in einzelnen Geschäften ein Finanzierungsmodell mit Privaten an. Mittelfristig soll der Selbstfinanzierungsgrad mind. 80 % betragen. Das Eigenkapital soll mindestens drei Steueranlagen-Zehntel betragen und eine Annäherung der Steueranlagen mit den 13 Wirtschaftsraum-Gemeinden im Raum Thun soll

stattfinden. Es stehen wieder sieben neue Projekte auf dem Plan, alles sehr interessante Vorhaben, aber mit einem Gesamtumfang von 17.3 Mio. Franken. Jedes Investitionsprojekt ist einer Direktion zugeordnet und mit einem geplanten Realisierungszeitpunkt und einem Preisschild versehen. Die Steuerung dieser Geschäfte wird eine Herausforderung. Zusammengefasst können die Investitionen nicht aus eigener Kraft getragen werden. Die Ausgeglichenheit des Haushalts kann beibehalten werden, die Verschuldung steigt und die Entwicklung der Selbstfinanzierung bleibt im Fokus. In der BRK wurde intensiv über die Schlussfolgerung des Aufgaben- und Finanzplans diskutiert, dass zusätzliche Investitionsvorhaben oder andere Aufgaben in den nächsten Jahren finanziell nicht tragbar seien, ohne andere Projekte aus der Investitionsplanung zu streichen oder bestehende Ausgaben zu kompensieren. Die BRK möchte mehr über Instrumente zur Früherkennung und Planung sowie allfällige Risikomanagement-Instrumente wissen. Serge Lanz dankt dem Gemeinderat dafür, dass er sich seiner Verantwortung bewusst ist. Die BRK hat keine Änderungsanträge und nimmt das Budget und den Aufgaben- und Finanzplan einstimmig an.

Samuel Bühlmann, **SP-Fraktion**, äussert sich zum Budget. Aufgrund der vorsichtigen Budgetierung ist er überzeugt, dass am Schluss ein kleines Plus ausgewiesen wird. Auch der unveränderte Steuersatz ist ein Zeichen, dass gut und langfristig geplant wird. Eine gute Investition ist die Stellenschaffung in der Kommunikation, da die Stadt Journalisten mit qualitativ guten Infos versorgen und Social Media stärker einbinden will. Die Mindereinnahmen des Krematoriums von 900'000.- Franken sind eine Folge der Verfügung des beco, da die Luftverschmutzungs-Grenzwerte eingehalten werden müssen. Ein Ja zum neuen Krematorium am 26.11.2017 ist wichtig für einen Ausgleich der Verluste. Die Verbindung Bahnhof-Schwäbis und die Personenunterführung Frutigenstrasse wären ein grosser Schritt für die Fussgänger. Die Zunahme der Lohnkosten ist ein Zeichen für die Bereitschaft der Stadt, ihren Mitarbeitern marktgerechte Löhne zu zahlen. Mit den neuen LED-Strassenlampen, die von der SP-Fraktion vorgeschlagen wurden, können für die Strassenbeleuchtung 110'000.- Franken eingespart werden. Dass sich Renovationen auch finanziell lohnen können, zeigt die Tatsache, dass bei der Pestalozzi-Schule 103'000.- Franken für Gas, Strom und Wasser eingespart werden. Die SP-Fraktion stimmt dem Budget 2018 zu.

Franz Schori, **SP-Fraktion**, nimmt Stellung zum Aufgaben- und Finanzplan. Überraschend war an der jüngsten BRK-Sitzung eine Grafik, welche die Schulden abzgl. Liquidität darstellt. Sie zeigt, dass die Nettoverschuldung bei 56 Mio. Franken liegt, was sehr erfreulich ist. Herr Schori befürwortet eine Betrachtung nicht nur der Verschuldung, sondern auch der Werte Liquidität, Immobilien und Beteiligungen, die dieser gegenüberstehen. Die Spezialfinanzierungen für den baulichen Unterhalt vom Verwaltungsvermögen und für den Werterhalt der Liegenschaften vom Finanzvermögen werden voraussichtlich in einigen Jahren aufgebraucht sein. Auf die gleiche Periode werden ca. 7 Mio. Franken mehr Steuereinnahmen der Privaten erwartet, doch der Stadt werden dennoch ca. 3 Mio. Franken fehlen. Grund dafür ist die bürgerliche Mehrheit im Grossrat, welche, ausgelöst durch den ruinösen Steuerwettbewerb, die Unternehmenssteuer massiv senkt. Dass der Aufgaben- und Finanzplan für die Jahre ab 2021 gut aussieht kommt nicht davon, dass in den 20er-Jahren keine grossen Sanierungsprojekte anstehen, sondern dass Gemeinderat und Verwaltung nicht in der Lage sind, so viele Jahre im Voraus die Sanierungspläne für Hunderte von Objekten zu erstellen. Umso erfreulicher ist es, dass Gemeinderat und Verwaltung einen Masterplan für den Werterhalt der Liegenschaften erarbeiten, der deutlich über den Aufgaben- und Finanzplan hinausgeht. Herr Schori ist gespannt auf Resultate und Lösungsvorschläge für die Spezialfinanzierungen. Die SP-Fraktion nimmt den Aufgaben- und Finanzplan einstimmig zur Kenntnis.

Peter Aegerter, **BDP-Fraktion**, erfreut das ausgeglichene Budget. Die Fraktion beurteilt dieses als realistisch und nimmt erfreut zur Kenntnis, dass der Steuerertrag ansteigen wird und der Personal- und Sachaufwand sinkt. Dazu etwas unpassend ist die Tatsache, dass neue Stellen geschaffen werden sollen. Die höheren Ausgaben für den baulichen Unterhalt führen längerfristig zu einer höheren Verschuldung. Nach wie vor besteht ein sehr grosser Finanzbedarf im Bereich baulicher Unterhalt und bauliche Investitionen. Die Stadt kommt nicht um einen stetigen Abbau des jahrelang aufgebauten Investitionsstaus. Die anstehenden Grossprojekte müssen weitergetrieben werden, da es sich um zweckdienliche Bauten handelt, die ihrem Wert entsprechend entwickelt werden. Der Schuldenabbau der letzten zehn Jahre von ca. 100 Mio. Franken hilft mit, eine ansteigende Verschuldung einigermaßen zu handhaben. Das Verschuldungsniveau steigt wieder und muss genau im Auge behalten und nötigenfalls muss eine Notbremse gezogen werden. Auch der kontinuierliche Kostenanstieg im kantonalen Lastenausgleich bereitet der Fraktion Sorgen. Die finanzpolitische Handlungsfreiheit wird massiv durch die Tatsache eingeschränkt, dass 51 % des Steuerbetrags dort hineinfliesst. Die Stadt setzt die vorhandenen Mittel sinnvoll ein und die An-

gebote in den Bereichen Bildung, Kultur, Sport u.a. tragen zu einer hohen Lebensqualität bei. Die BDP-Fraktion stimmt dem Budget zu und nimmt den Aufgaben- und Finanzplan zur Kenntnis.

Verena Schneiter, **Fraktion der Mitte**, betont die Wichtigkeit einer aus finanzieller Sicht sehr restriktiven Handhabung der Übernahme neuer Aufgaben aufgrund der tiefen Selbstfinanzierung. Auch aus personalpolitischer Sicht sinnvoll wären eine Konstanz und Kontinuität beim baulichen Unterhalt und Investitionen. Das Strapazieren der Spezialfinanzierung ist eine Ausnahme, aber unumgänglich. Eine baldige Revision des Reglements würde eine Anpassung der Kriterien und eine Legalisierung der Ausnahmen erlauben. Bestrebungen für Firmenansiedlungen im ESP Thun-Nord oder im Schoren sollten weitergehen, damit die Steuerkraft verbessert werden kann. Die Fraktion der Mitte stimmt den Anträgen einstimmig zu und nimmt den Aufgaben- und Finanzplan zur Kenntnis.

Lukas Lanzrein, **SVP/FDP-Fraktion**, lobt die Arbeit des neuen Finanzverwalters. Als kritisch befindet die Fraktion die Tatsache, dass die Verschuldung bis 2021 auf über 200 Mio. Franken ansteigt und die Selbstfinanzierung nicht gewährleistet ist. Die einzig wirksame Massnahme ist eine Senkung der Ausgaben, weshalb neue Aufgaben und Investitionen nur mit einer Priorisierung oder einer gelegentlichen Streichung an die Hand zu nehmen sind. Der Stadtrat ist gefordert, diese Massnahme zu unterstützen. Des Weiteren steht die Fraktion den Stellenschaffungen, insb. im Bereich Stadtmarketing und – Kommunikation, kritisch gegenüber. Lukas Lanzrein verweist auf das Postulat von Hanspeter Aellig, Peter Aegerter und Lukas Lanzrein vom 14.12.2012, das eine Stellenprüfung in allen Direktionen fordert und das vom Gemeinderat umgesetzt werden sollte. Drittens fehlen der Fraktion konkrete Massnahmen zur Finanzstrategie des Gemeinderats. Lukas Lanzrein verweist auf das Postulat der FDP vom 28.06.2013, zur gemeinderätlichen Strategie, Mehreinnahmen ohne Steuererhöhung zu generieren. Die Fraktion wünscht sich eine Konkretisierung durch den Gemeinderat, insb. zur Stärkung der Steuerkraft, Ansiedlung neuer Unternehmungen und Priorisierung aktueller und ggf. neuer Geschäfte. Er verweist auf einen Vorstoss anlässlich der letzten Stadtratssitzung zum immensen Anstieg des baulichen Unterhalts. Die Fraktion stimmt dem Budget einstimmig zu und nimmt den Aufgaben- und Finanzplan mangels Alternativen zur Kenntnis, mahnt jedoch zur finanzpolitischen Zurückhaltung und wünscht sich in Zukunft vom Gemeinderat eine Konkretisierung der Finanzstrategie.

Thomas Hiltpold, **Fraktion Grüne**, bemängelt die Transparenz in den Dokumenten zum Budget. Aufgrund der stetigen Null erfährt die Bevölkerung wenig zur effektiven Situation im betreffenden Jahr, obwohl die Vorgänge dahinter jedes Jahr etwas variieren. Herr Hiltpold begrüsst die Motion zu Spezialfinanzierungen, um etwas Klarheit in die finanzielle Situation zu bringen; er ist der Meinung, dass es davon zu viele gibt. Er erwartet mehr Information in Form der Budgetpräsentation und der Rechnung und verlangt ein System, das auch Laien begreifen. Zum Lastenausgleich ist wichtig zu erwähnen, dass das Geld nicht nur nach Bern fliesst, sondern in Form von Löhnen, Ergänzungsleistungen oder Sozialhilfe auch wieder zurück fliesst. Dass die Steuern grundsätzlich nach oben gehen, ist positiv. Negativ hingegen ist, dass sich die Steuerlast zunehmend auf die natürlichen Personen verlagert, während die juristischen nur einen kleinen Prozentsatz beisteuern. Diese Entwicklung wird sich in Zukunft noch verstärken. Die Investitionen von 228 Mio. Franken für den baulichen Unterhalt sind sehr hoch und die Schulden werden deutlich wachsen. Die Selbstfinanzierung ist ungenügend. Bereits 2018/19 wird der Wert der Liegenschaften die Nullgrenze erreichen. Herr Hiltpold vermisst die kritische Haltung des Stadtrats bei den Investitionen zum baulichen Unterhalt. Thun kann sich einen überdurchschnittlichen Standard im Bau, wie er beim Krematorium geplant ist, nicht mehr leisten. Die Fraktion stimmt dem Budget dennoch zu und nimmt den Aufgaben- und Finanzplan zur Kenntnis.

Der Stadtpräsident betont, dass der Vergleich wichtig ist. Der Bruttoverschuldungsanteil der Stadt Thun ist wesentlich tiefer als bei anderen, vergleichbaren Gemeinden. Selbst beim Erreichen des Peaks wäre Thun noch in der Spitzenposition. Wenn Thun wie andere Gemeinden die Nettoverschuldung als Massstab heranziehen würde, wäre das Resultat sogar ein Nettovermögen. Die Schulden dürfen nicht vernachlässigt werden, doch die Stadt Thun hat die Möglichkeit, weitsichtig Gegensteuer zu geben. Die Finanzverwaltung verbessert mit der Direktion Bau und Liegenschaften Prozesse und Instrumente zugunsten einer höheren Planungssicherheit und einer besseren Ausgeglichenheit. Zentral ist, laufende Ausgaben im Griff zu haben. Zurückhaltung bei jedem einzelnen Geschäft ist nicht fehl am Platz, um langfristig einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen. Die Stellenschaffungen werden mit Absicht transparent ausgewiesen. Die effektive Stellenschaffung in der Abteilung Stadtmarketing und Kommunikation beträgt

nur 10 % plus eine Praktikumsstelle. Die Stellen werden jetzt thematisiert, da sie nur im Budgetprozess geschaffen werden können, nicht während des laufenden Jahres. Diese Stellenschaffung ist nötig wegen mehr Arbeitsaufwand. Punkto Liquidität gibt es wegen den Negativzinsen die Tendenz, dass Schuldner ihre Rechnungen sofort begleichen wollen, woraus sich wiederum Negativzinsen für die Stadt Thun ergeben können. Zu der Bemerkung von Thomas Hiltbold, Fraktion Grüne, zur Komplexität der Unterlagen entgegnet der Stadtpräsident, dass die Finanzverwaltung den Wechsel zu HRM2 nicht gesucht hat. Die Aufwertungsreserve wurde weder gesucht noch geschaffen, sondern ist von übergeordnetem Recht vorgeschrieben. Der Gemeinderat hat in den letzten Jahren keine zusätzlichen Spezialfinanzierungen geschaffen; diese waren bestehend oder entstanden wegen übergeordnetem Recht. Der Stadtpräsident bedankt sich für die gute Aufnahme und Begleitung und betont, dass die Situation stabil ist.

Detailberatung

Das Wort wird nicht verlangt.

Der Rat genehmigt einstimmig folgenden

Stadtratsbeschluss:

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 39 Buchstabe a Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 15. September 2017, beschliesst:

1. Im Jahr 2018 sind folgende Gemeindesteuern zu erheben:

- a) Steueranlage: Auf den Gegenständen der Kantonssteuer das 1,72fache der für die Kantonssteuer geltenden Einheitsansätze.
- b) Liegenschaftssteuer: 1,2 Promille des amtlichen Wertes.

2. Genehmigung Budget 2018 bestehend aus:

		Aufwand	Ertrag
Gesamthaushalt	Fr.	-280'057'000	279'665'600
Aufwandüberschuss	Fr.		-391'400
Allgemeiner Haushalt	Fr.	-259'289'000	259'289'000
Aufwandüberschuss	Fr.		0
Spezialfinanzierung Abwasser	Fr.	-7'172'700	7'080'800
Aufwandüberschuss	Fr.		-91'900
Spezialfinanzierung Abfall	Fr.	-7'181'500	6'579'700
Aufwandüberschuss	Fr.		-601'800
Spezialfinanzierung Feuerwehr	Fr.	-3'646'400	3'624'300
Aufwandüberschuss	Fr.		-22'100
Spezialfinanzierung Parkinggebühren	Fr.	-2'677'000	3'067'800
Ertragsüberschuss	Fr.	390'800	
Spezialfinanzierung Parkplatz-Ersatzabgabe	Fr.	-90'400	24'000
Aufwandüberschuss	Fr.		-66'400

3. Ziffern 1 und 2 dieses Beschlusses unterliegen dem fakultativen Referendum.

4. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

97. Aufgaben- und Finanzplan 2018 bis 2021

[Die Diskusson wurde in der Eintretensdebatte mit dem Budget (Geschäft 96) geführt.]

Stadtratsbeschluss:

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 44 Absatz 2 Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 15. September 2017, nimmt den Aufgaben- und Finanzplan 2018 bis 2021 einstimmig zur Kenntnis.

98. Postulat P 5/2017 betreffend kantonaler Schulversuch "Ganztageschule" mit Beteiligung der Stadt Thun

Fraktion SP und Grüne, Daniela Huber Notter (BDP), Susanna Ernst (BDP), Andreas Kübli (glp), Nicole Krenger (glp), Alois Studerus (CVP) vom 1. Juni 2017; Beantwortung

Roman Gimmel, **BiSK**, fürchtet um einen schweren Stand des ersten Geschäfts nach der Ermahnung zum Masshalten. Er erläutert die Situation von Ganztageschulen in Europa und der Schweiz. Skeptiker sehen in Ganztageschulen nur einen weiteren Schritt in der Übertragung der Betreuung an den Staat. Der Gemeinderat möchte aufgrund dreier bildungspolitischer Baustellen die Last der Volksschule in den nächsten drei Jahren nicht weiter erhöhen und empfiehlt das Postulat zur Annahme mit gleichzeitiger Abschreibung. Die Aussage, der Kanton würde diesen Versuch finanzieren, ist als Fake News einzuordnen. Er präzisiert den Bericht des Gemeinderats; dieser hat sich aufgrund der Recherchen einer Postulantin bereits vor dem Postulat mit der Thematik befasst. Anlässlich einer ähnlich lautenden Petition vom 26. Oktober 2017 hat der Gemeinderat beschlossen, die Antwort fristgerecht nachzuliefern.

Katharina Ali-Oesch, **SP-Fraktion**, ist erfreut über die Öffnung des Gemeinde- und Stadtrats gegenüber ihrem Bedürfnis. Sie erläutert den Mehrwert der Ganztages- gegenüber der Tagesschule. Die Ganztageschule bietet gegenüber der Tagesschule mehr Konstanz und weniger Gruppenwechsel. Frau Ali-Oesch betont, dass auch beim Ganztagesmodell Kinder nicht bis am Abend in der Schule sind. Ganztageschulen erlauben den Aufbau eines soliden Vertrauensverhältnisses zwischen Lehrpersonen und Schülern, was die Früherkennung von Schwierigkeiten und die individuelle Förderung begünstigt. Auch die Chancengerechtigkeit muss betont werden, da die Hausaufgaben in den Schulalltag integriert werden und auch Familien mit unvorteilhaften Voraussetzungen dank verbesserten Tagesstrukturen ein selbstbestimmtes Leben führen können. Besonders das Mittagsmodul ist stark nachgefragt. Die Wirtschaft kann profitieren, da Eltern der Wirtschaft als Fachkräfte zur Verfügung stehen. Die Formulierung des Gemeinderats, den Antrag zu gegebener Zeit erneut zu prüfen, klingt unverbindlich, und die Argumentation mit dem kantonalen Entlastungspaket 2018 ist weit hergeholt. Die SP-Fraktion empfiehlt die Annahme des vorliegenden Postulats als echten Beweis dafür, dass der Stadtrat die Vielfalt von Lebensentwürfen, ungleichen Voraussetzungen und neuen Familienmodellen anerkennt und stützt. Die SP-Fraktion nimmt das Postulat einstimmig an und stellt Antrag auf Nichtabschreiben.

Susanna Ernst-Reusser, **BDP-Fraktion**, ist Mitunterzeichnerin des Postulats, da sie als alleinerziehende Mutter froh gewesen wäre um ein solches Angebot. Allerdings gibt sie dem Gemeinderat Recht, dass der Zeitpunkt angesichts der riesigen Baustellen im Bildungsbereich, besonders der Schulraumplanung, verfrüht ist. Die BDP-Fraktion nimmt den Antrag einstimmig an und schreibt ihn gleichzeitig ab.

Alois Studerus, **Fraktion der Mitte**, schliesst sich der BDP-Fraktion an. Das Thema Ganztageschulen bleibt auf dem Radar und ist ein Prozess, der mehr Zeit verlangt. Auch die Fraktion der Mitte wird das Postulat annehmen und gleichzeitig abschreiben.

Reto Kestenholz, **Fraktion Grüne**, unterstützt mit seiner Fraktion eine attraktive Schullandschaft und möchte mit dem Postulat sicherstellen, dass die Situation weiterhin genau beobachtet wird. Die Fraktion ist skeptisch, ob die Prüfung genug tief ging. Sie nimmt das Postulat an.

Carlo Schlatter, **SVP/FDP-Fraktion**, hat sich vertieft mit dem Vorstoss auseinander gesetzt, wodurch seine Haltung noch kritischer wurde. Sogar konsultierte zuständige Fachstellen und Experten äusserten sich kritisch zu diesem Vorstoss. Thun unterhält schon heute ein gut ausgebautes Tagesschulangebot, das jedoch teils nur wenig genutzt wird. Einen zusätzlichen Nutzen einer Ganztageschule erkennt die Fraktion auch bei wohlwollender Betrachtung nicht. Herr Schlatter beanstandet, dass Aufwand und Folgen für die Stadt im Postulat nicht aufgeführt sind. Es fehlen nebst der Infrastruktur personelle und finanzielle

Ressourcen. Der Kanton übernimmt während des Versuchs nur eine – vernachlässigbare – Lektion pro Woche. Eine Studie aus Deutschland zeigt 14 Jahre nach dem Ausbau von Ganztageschulen, dass deren Qualität mehr als fraglich ist. Die SVP/FDP-Fraktion lehnt das Postulat ab.

Gemeinderat Roman Gimmel ruft den Stadtrat auf, zur Volksschule Sorge zu tragen.

Katharina Ali-Oesch, **SP-Fraktion**, vermutet, dass Carlo Schlatter das Wesen der Tagesschule nicht erfasst hat. Die Entlastungslektion stellt der Kanton der Gemeinde für die Planung, Begleitung und Evaluierung des Projekts zur Verfügung. Das Personal ist schon vorhanden, da es nicht darum geht, etwas Neues zu machen, nur in einem anderen Rahmen. Die Finanzierung ist gleich wie in der jetzigen modularen Tagesschule. Teurer wird die Infrastruktur, doch der Bedarf nimmt ohnehin zu und dieses Anliegen kann in die Schulraumplanung integriert werden. Der entscheidende Unterschied ist die Schliessung der Mittagslücke durch die Ganztageschule. Die Eltern beteiligen sich wie bei der heutigen Tagesschule an den Kosten. Das heutige Tagesschulmodell soll nicht abgeschafft, sondern weiterentwickelt werden. Frau Ali-Oesch präzisiert, dass 2018 erst die Projektplanung beginnen würde, nicht die Umsetzung. Die Legislaturziele und die Strategie Stadtentwicklung, welche die Weiterentwicklung der Volksschule, die effiziente Nutzung der vorhandenen Infrastruktur und die Weiterentwicklung des Angebots vorschreiben, passen gut zum Projekt Ganztageschule. Für Lehrpersonen entsteht ein neues Berufsfeld in interdisziplinären Teams, das auch auf Kritik aus diesen Kreisen stossen kann. Doch die Schaffung einer besseren Lernumgebung sollte allen ein Anliegen sein.

Stadtratsbeschluss:

Das Postulat wird mit 24 : 12 Stimmen angenommen und mit 22 : 14 Stimmen abgeschrieben.

99. Interpellation I 11/2017 betreffend interner Weiterbildungskosten

SVP/FDP-Fraktion vom 1. Juni 2017; Beantwortung

Lukas Lanzrein, **SVP/FDP-Fraktion**, ist zufrieden mit der Antwort und verlangt keine Diskussion.

100. Interpellation I 13/2017 betreffend Langzeiterkrankungen von städtischen Angestellten

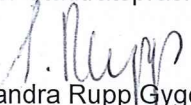
Fraktion SP und Grüne vom 1. Juni 2017; Beantwortung

Franz Schori, **Fraktion SP**, ist im Namen der SP und der Grünen zufrieden mit der Antwort und verlangt keine Diskussion.

Eingänge

- Postulat betreffend Prüfung der Verbesserung der Verkehrssicherheit auf dem Strättlihügel; Lukas Lanzrein (SVP), Carlo Schlatter (SVP), Serge Lanz (FDP), Andrea de Meuron (Grüne), Heidi Anderes (EVP) und Mitunterzeichnende vom 16. November 2017
- Postulat betreffend mehr Veloabstellplätze am Bahnhof Thun – Raum Mönchstrasse; Fraktionen Grüne, BDP, SVP/FDP, SP und FdM vom 16. November 2017
- Interpellation betreffend Stellenabbau bei Meyer Burger durch die Verlagerung der Produktion von Thun nach China; Katharina Ali-Oesch (SP), Franz Schori (SP), Martin Allemann (SP), Samuel Bühlmann (SP) und Mitunterzeichnende vom 16. November 2017
- Interpellation betreffend die No Billag-Initiative und die Konsequenzen für die Stadt Thun; Fraktion Grüne und Mitunterzeichnende vom 16. November 2017
- Interpellation betreffend die Ausarbeitung der Planungen betreffend Arealerschliessungen; Fraktionen SVP/FDP und BDP vom 16. November 2017

Der Stadtratspräsident


Sandra Rupp Gyger

Der Stadtratssekretär


Remo Berlinger